

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 15. Mai 1928
10. Jahrgang Nummer 113

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Schutzband 2,50 Mk. Kassepreis: Die gebundene Wochenschrift über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verlagsangelegenheiten 10 Pf., Kassepreis: Die gebundene Wochenschrift über deren Raum im Wert 20 Pf. — Schluß des Abonnement-Vertrages in der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kerschb. Straße 50, Telefon 4719. Geschäftsstelle: Breslau 544, Reibitzstr. 10, Telefon 2384. Kassen- und Geschäftsstelle: Breslau 10, Kerschb. Straße 50, Telefon 4719. Kassen- und Geschäftsstelle: Breslau 544, Reibitzstr. 10, Telefon 2384. Kassen- und Geschäftsstelle: Breslau 10, Kerschb. Straße 50, Telefon 4719. Kassen- und Geschäftsstelle: Breslau 544, Reibitzstr. 10, Telefon 2384.

250 Millionen Tarifierhöhung!

Unerhörte Mehrbelastung der 4.-Klasse-Reisenden

„Was bleibt von den Verrätern“

Eine Antwort an Paul Löbe
Von A. Ewert.

Herr Paul Löbe, Präsident des verflochtenen und des kommandierten Reichstages, stellt die Frage: „Was bleibt nun übrig von dem Geschrei über die „Verräter“? Er versucht, den Massen der Werktätigen einzureden, daß die sozialdemokratischen Führer schon darum keine Verräter sein können, weil — auch die Kommunisten im Parlament nach Ablehnung ihrer eigenen Anträge manchmal für Anträge der sozialdemokratischen Fraktion gestimmt hätten. Auch umgekehrt habe dies stattgefunden.

Die Opposition der Massen gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei wächst. Darum stimmt Herr Löbe zur Abwechslung eine etwas andere Melodie an. Die Weise „Kommunisten als Bundesgenossen der Deutschnationalen“ zieht nicht mehr. Die Arbeiter lachen darüber. Neue Fälschertricks müssen also erfunden werden. Paul Löbe stellt aber mit seiner Rattenfängermetodie die Tatsachen allzu kraß auf den Kopf.

Stellen wir an ein paar Beispielen fest, „was von den Verrätern übrig bleibt“. Die Bewilligung der Kriegskredite war keine Vertretung der Interessen der Arbeiterklassen, wohl aber Verrat. Die Haltung der Sozialdemokratie nach 1918 und in den darauffolgenden Jahren war eine fortgesetzte Kette von Handlungen zugunsten der Bourgeoisie — von der Sprengung der Arbeiter- und Soldatenräte bis zur bewaffneten Niederschlagung des Proletariats. Noske, Severing, Hörsing, der veritörbene Ebert, sind nur einige der sozialdemokratischen Führer, die mit Freikorpsbanden, Reichswehr, Schupo und irregulären Arbeitern die Nachkriegsregierung durch das Proletariat, die Schaffung einer sozialistischen Republik mehrmals verhinderten. Dies ist Verrat!

Und jetzt? Hat sich die Politik der SPD etwa geändert? Natürlich nicht. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Beschränken wir uns dabei auf einige praktische Fragen. Löbe selbst spricht über den Etat für Heer und Marine. Gerade dieses Kapitel ist eines der dunkelsten für die SPD-Führer. Als der frühere sächsische Ministerpräsident Zeigner sich bei Ebert über die getarnte schwarze Reichswehr „beschweren“ wollte, wurde er von diesem hinausgeworfen. Jahrelang wurde von der SPD das „Schwarzem Geklebe“ geduldet. Die wahren Befehlshaber der schwarzen Reichswehr drückten sich in hohen Staatsämtern herum, einige ihrer Werkzeuge stellte man in die Anklagebank. Severing, Hörsing, Spieder und Co. wuschen ihre Hände in Unschuld. Geklebe geht — „Hundsfott“. Ordnung kommt, liebevoll von der SPD empfangen. Sie sind altbekannt, denn gleich nach Ausbruch der Revolution machte er den Pakt mit Ebert-Scheidemann, um die militärische Niederwerfung der Arbeiterklasse zu erreichen. Mit gemeinamer Bluts Schuld belastet, vertragen sie sich gut — die Gröner und die Scheidemänner. Erklärte doch der SPD-Abgeordnete Schöpplin 1927: „Die SPD sei stolz darauf, am Ausbau der Reichswehr führend beteiligt zu sein.“ Setzte sich doch der SPD-Abgeordnete Herz im Januar 1928 bei der Etatsberatung mit aller Kraft für die „Erhaltung der Schlagkraft der Reichswehr“ ein. „Nicht Kampf gegen, sondern Kampf um die Reichswehr“, proklamierte in Kiel der sozialdemokratische Theoretiker Hilferding. „Keine grundsätzliche Ablehnung des Behretats“, war der Ruf Hermann Müllers.

Entsprechend dieser imperialistischen Politik lehnte die SPD sogar auch alle Anträge der KPD ab, die den Reichswehrsoldaten eine Erweiterung ihrer Rechte und Koalitionsfreiheit bringen sollte. Kann ein sozialdemokratischer Arbeiter es als eine Vertretung seiner Klasseninteressen ansehen, wenn die SPD die Reichswehr stärkt? Im November 1927 nahm der Chemnitzer Unterbezirk der SPD eine Resolution an, in der es heißt: „Die deutsche Reichswehr ist das wichtigste Instrument dieses deutschen Imperialismus und damit ein Träger der europäischen Kriegsgefahr.“

Kann ein denkender Arbeiter den Unterstützern dieses

Berlin, 15. Mai.

Die Reichsbahn-A.G. veröffentlicht nunmehr ihre Denkschrift über die neue Tarifierhöhung. Diese Erhöhung soll die Einnahmen um 5 Prozent steigern und insgesamt 250 Millionen Reichsmark betragen. Davon sollen 195 Millionen aus dem Gütertarif und 55 Millionen aus dem Personentarif erzielt werden.

Die Gütertarife erfahren eine durchschnittliche Steigerung um 10 Prozent. Für die Personentarife wird zunächst eine Änderung dadurch erreicht, daß die dritte Klasse beseitigt wird und in Zukunft nur noch eine Holzklasse, eine Polsterklasse, und auf internationalen D-Zügen noch eine 1. Klasse bestehen.

Der Kilometerpreis wird für die Polsterklasse 5,8 Pfennig, für die Holzklasse 3,7 Pfennig betragen. Dies bedeutet für die vierte Klasse eine Steigerung des Kilometerpreises um einen halben Pfennig und für die dritte Klasse eine Senkung um 1,3 Pfennige. Der Preis für die Polsterklasse ist gegenüber dem bisherigen Zweite-Klasse-Preis um 1,7 Pfennige billiger, die erste Klasse um 1,5 Pfennige billiger als bisher. Die Schnellzugzuschläge werden verdoppelt

und für die Eilzüge wird ein Zuschlag eingeführt (!), der in der Holzklasse mit 25 Pf. und in der Polsterklasse mit 50 Pf. beginnt, regelmäßig steigt und bei über 300 Kilometer bei 2,50 resp. 5 Mark endet.

In der Hauptsache wirkt sich die Personen-Tarifierhöhung auf die Benutzer der vierten Klasse, das sind drei Viertel aller Reisenden, aus. Durch die Reduzierung der Klassen von vier auf zwei soll diese unerhörte Mehrbelastung verschleiert werden. Daß auch die Tarifierhöhungen für Güter letzten Endes auf die werktätigen Käufermassen abgemälzt werden, ist unleren Lesern ja bekannt.

Diese neuen Zugspläne der Reichsbahn fordern scharfen Protest heraus. Die Entscheidung liegt nunmehr bei der Reichsregierung. Auch über diese Reichsbahnwünsche, hinter denen die Profitgier des internationalen Kapitals steht, wird am 20. Mai geantwortet werden müssen.

Höchste Anstrengung notwendig!

Nach einer Ausstellung, die wir morgen veröffentlichen werden, beträgt das bisherige Sammelergebnis

im Bezirk Schlesien 1223,26 Mark!
" " Oberschlesien 690,55 "

Genossen, Freunde, Leser, das ist noch immer ungenügend. Schaut Euch folgende Uebersetzung an:

*Für den Wahlfond der K.P.D.
30.- Mk
Otto Braun*

So zeichnete der verfolgte und gehetzte Genosse Braun für den Wahlfonds. Wer will sich da beschämen lassen?

Instrumentes des Imperialismus seine Stimme geben? Millionenfach muß die Antwort sein — Nein!

Und wie steht es in Preußen? Fast 373 Millionen Mark für Polizei, 91 Millionen Mark für Justiz — ganze 43 Millionen Mark für Wohlfahrtspflege im Jahre 1928. Das ist die Frucht von vier Jahren Weimarer Koalition in Preußen!

Herr Löbe versucht, noch in einer anderen Frage seine Partei von dem Vorwurf des Verrats zu retten: der Arbeitslosenversicherung. Auch hier haben die Kommunisten und Sozialdemokraten in einigen Abstimmungen über einzelne Anträge zugestimmt. Löbe verschweigt seinen Lesern aber das Wichtigste: daß die SPD bereits errungene, in der Erwerbslosenversicherung festgelegte Rechte der Arbeiter zugunsten einer verschlechterten Arbeitslosenversicherung preisgab. Alle Anträge der KPD, die in der Richtung der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge gingen, wurden von der SPD abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten auch gegen einen Antrag der KPD, daß streikende und ausgesperrte Arbeiter Unterstützung erhalten sollen. Sie stimmten auch gegen die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung von Arbeitern. Ist dies Verrat? Ja. Mehr wie eine Million Arbeitsloser und ihre Angehörigen werden der SPD darauf die Antwort geben

Wie alle sozialdemokratischen Führer, so ist auch Herr Löbe besorgt über die „Deckung der Ausgaben“. Die Ausgaben für soziale Zwecke sollen möglichst niedrig, die für Heer, Polizei, Justiz, Verwaltung, möglichst hoch sein. Verlangen die Kommunisten eine Erhöhung der Sozialrenten, so schreien Bürgerliche und Sozialdemokraten im Chor: Kein Geld! Dabei haben die staatlichen Versicherungskassen eine Milliarde aufgehäuft. Wer hat den Nutzen davon? Die Unternehmer, die dies Kapital zu billigen Zinssfuß erhalten. Wenn aber die SPD Steueranträge zwecks Befastung der Besitzenden stellt, so werden diese Anträge in den allermeisten Fällen ebenfalls von der SPD niedergestimmt. Löbe besitzt ein ungewöhnliches Maß von Frechheit, wenn er einen Antrag der SPD, alle Einkommen unter 1400 (!) Mark jährlich steuerfrei zu lassen, als Vertretung der Arbeiterinteressen hinzustellen versucht. Auch hier hört Löbe zu sprechen auf, wenn die Arbeiter fragen: Warum hat die SPD der Lohnsteuer zugestimmt? Warum hat sie stets gegen ihre Aufhebung gestimmt? 19 Millionen Erwerbstätigen wird auf diese Weise der Zehnte am Lohn tag abgezogen — mit Zustimmung der SPD. Dafür aber stimmt diese Partei für die Steuerfreiheit der Kirchen, für die Steuerermäßigungen zugunsten des Großkapitals. Vertretung der Arbeiterinteressen ist dies nicht, sondern — Verrat.

Es genügt ein kurzer Hinweis auf die Rolle dieser „Arbeitervertreter“ bei den Wirtschaftskämpfen. Wer schuf die Technische Nothilfe? Die SPD. Wer fing das Hofgeliebte auf die staatliche Streikabwürgungsmaschine, genannt Schlichtungsordnung? Die SPD, und die ihr angehörenden Gewerkschaftsführer. Obgleich der Arbeitsminister Brauns den Schlichtern Anweisung gibt, Lohnerhöhungen nur in geringem Umfange stattzugeben, stimmte die SPD gegen die von der KPD eingebrachten Mißtrauensanträge.

Die Millionen in Stadt und Land, die durch Arbeitslosigkeit und Steuerdruck Ausgebeuteten müssen sich dessen am 20. Mai erinnern. Und Herr Löbe, hat nicht die SPD den Fürstengründern von Millionen in den Taschen geworfen? Steht sie nicht an der Spitze der Hezegen die Sowjetunion? Singt der „Vorwärts“ nicht Loblieder auf Poincaré, Chamberlain und den imperialistischen Räuberband — genannt Völkerbund? Ist nicht die Wahl für die SPD ein Konkurrenzkampf mit der Deutschnationalen Volkspartei, wer von den beiden Parteien in der nächsten Regierung des deutschen Kruzkapitals besser arbeiterte feindliche Innenpolitik und imperialistische Außenpolitik durchführen helfen soll? Es ist so!

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern schärfsten Kampf gegen diese Politik. Am 20. Mai ist eine Heerschau.

Liste 5, Kommunistische Partei — das ist die Lösung!

Die Arbeitslosenlister. Berlin, 11. Mai. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sank von 544 800 am 15. April auf 229 300 am 30. April, also um rund 115 500 oder um 13,7 v. H. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung sank in der Berichtzeit von rund 182 000 auf 162 000 oder um 11 v. H. Die Zahl der Hilfsarbeiter ist in der zweiten Hälfte des April wiederum gestiegen, und zwar um 2,9 v. H. Sie betrug am 30. April rund 90 000.

Oberschlesien Zentrumsdemagogie

Wer tritt für den Schutz des Bergarbeiterlebens ein?

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die reformistische „Bergarbeiterzeitung“ und auch der christliche „Bergknapp“ versuchen, politische Fälschungen vorzunehmen. Wenn im Landtage irgendwelche kommunistische Anträge, die den Bergarbeiterschutz betreffen, angenommen wurden, wurde dies so hingestellt, als hätten die sozialdemokratischen und Zentrumsparteien dazu die Veranlassung gegeben. Einen solchen Zentrumschwandel müssen wir heute nochmals anprangern. Der „Bergknapp“ des zentrumsnahen Gewerkschaftsvereins vom 21. April 1928 teilt mit, daß in der Sitzung des Landtages ein Antrag für die Bergarbeiter angenommen worden sei. Der „Bergknapp“ stellt das so dar, daß der Leser annehmen muß, es handele sich um einen Antrag, der der Initiative des Zentrums entsprungen ist. In Wirklichkeit ist es ein Antrag, der von der kommunistischen Fraktion eingebracht und in der kommunistischen Ruhrpresse bereits am 7. März 1928 veröffentlicht wurde. Zur besseren Charakterisierung geben wir hier beide Anträge wieder, damit sich jeder Arbeiter überzeugen kann, daß der vom „Bergknappen“ als Zentrumsantrag dargestellte Antrag fast wortgetreu dem kommunistischen entspricht:

Kommunistischer Antrag vom 5. März 1928:

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium wird beauftragt:

1. Die Bergpolizeiverordnung über die Seilsfahrteinrichtung, die erst am 1. Juli 1928 in Kraft treten soll, schon am 1. April 1928 in Kraft zu setzen.
2. Ueber die schon in der Bergpolizeiverordnung vorgesehene Bestimmung hinaus anzuordnen:
 - a) daß die Seilsfahrtschwindigkeit bei Dampffördermaschinen sechs Meter in der Sekunde nicht überschreiten darf;
 - b) daß eine jede Fördermaschine mit einem Tachographen, der selbsttätig die Geschwindigkeit der Maschine anzeigt, versehen wird;
 - c) daß an jeder Fördermaschine ein Fahrtregler angebracht sein muß, der selbsttätig die Maschine zum Halten bringt, wenn die vorgeschriebene Geschwindigkeit überschritten wird;
 - d) daß der Fahrtregler so angebracht sein muß, daß eine willkürliche Ausschaltung durch den Fördermaschinenführer nicht möglich ist;
 - e) daß unmittelbar vor Beginn der Seilsfahrt ein Probetreiben und eine Seilrevision durch den die Seilsfahrt durchführenden Fördermaschinenführer und den für den betreffenden Schacht verantwortlichen Beamten erfolgt. Das Probetreiben muß mit belasteten Körben und der für die Seilsfahrt zugelassenen Höchstgeschwindigkeit durchgeführt werden und darf nicht gleichzeitig als Seilrevision dienen;
 - f) daß jede Fördermaschine mindestens alle vierzehn Tage ein mal von einem nicht im Dienste der Zeche stehenden Maschinenfachverständigen aufs genaueste untersucht und geprüft werden muß. Ueber jede Untersuchung muß ein Protokoll angefertigt werden, eine Abschrift des Protokolls muß regelmäßig dem Oberbergamt eingereicht und die zweite muß auf der Zeche zur Einsicht offen liegen.
3. Dem Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, auf Grund dessen Verwaltungsbeamte, die die unter 2. ausgeführten Bestimmungen nicht innehalten, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft werden.

Die Gegenüberstellung zeigt jedem Leser klar, daß der im „Bergknappen“ veröffentlichte Antrag nur auf Grund des kommunistischen Antrages zustande gekommen ist. Sozialdemokraten und Zentrum haben nur das Verdienst, den kommunistischen Antrag verschleiert zu haben.

Insbesondere wollen sie keine Prüfung der Seilsfahrteinrichtung alle vierzehn Tage, sondern erst jedes halbe Jahr. Und daß ein Fahrtregler erst an den Fördermaschinen angebracht werden soll, die mit mehr als vier Meter Geschwindigkeit fahren dürfen. Wenn aber an diesen Fördermaschinen kein Geschwindigkeitsanzeiger und kein Fahrtregler angebracht sind, läßt sich überhaupt nicht feststellen, mit wieviel Geschwindigkeit der Maschinist fährt.

Sozialdemokraten und Zentrum in Gemeinschaft mit Volkspartei und Deutschnationalen lehnten auch ab, daß die Grubenbeamten, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden, so wie es der kommunistische Antrag fordert. Am 20. Mai müssen die Bergarbeiter ihnen dafür die Danksagung geben. Keine Stimme den Saboteuren des Bergarbeiterschutzes, dem Zentrum und den Sozialdemokraten, alle Stimmen der Liste 5, der kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei, die den Kampf für bessern Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter.

Vor dem Bergarbeiterkampf

Die Lohnarbitrage für den ober-schlesischen Kohlen- und Erzbergbau sind gekündigt. Noch lange vor der erfolgten Kündigung haben verschiedene Bergarbeiterversammlungen eine Zulage von 1,50 Mark pro Mann und Schicht gefordert. Die reformistischen und zentrumsnahen Bergarbeiterführer haben die Forderung der Arbeiter fallen gelassen. Der Bergarbeiterverband hat folgende Forderungen aufgestellt:

1. Gleichstellung der Löhne der Kohlearbeiter mit denen im Kohlenbergbau;
 2. Gleichstellung der Löhne im Erzbergbau mit denen im Kohlenbergbau;
 3. Erhöhung der Löhne im Kohlenbergbau um 20 Prozent.
- Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Föhze in Oberschlesien ergiebiger als in allen anderen Kohlenrevieren Deutschlands sind. Infolge der außerordentlich hohen Kohlleistung sind auch die Gewinne der ober-schlesischen Grubenbesitzer sehr groß. Die Grubenbesitzer sind ohne weiteres in der Lage, die ausgestellten Forderungen zu bewilligen, um den Bankrott zu vermeiden. Freiwillig werden sie das nicht tun. Bei den ersten Verhandlungen waren sie lediglich bereit, eine Lohnzulage von 2 Prozent zu geben. In diesem Angebot ist eine provokatorische Verbindung der in bitterer Not lebenden Bergarbeiter.

Für den gestrigen Tag waren Schlichtungsverhandlungen angesetzt. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Die Bergarbeiter haben jedoch keinerlei Anlaß zu hoffen, daß der Schlichter und der Reichsarbeitsminister gegen die Wünsche der Unternehmers handeln werden. Die Schlichtungsinstanzen werden alle Hebel in Bewegung setzen, um die Bergarbeiter an der Forderung des Kampfes zu hindern und sie mit Bettelstücken abzuspülen.

Nach dem Schiedspruch vom 1. Juli 1927 sollten die Gehälter so vereinbart werden, daß bei normaler Arbeitsleistung wenigstens zehn Prozent über dem faktischen Gehalt des Hauers in Pfeilern von geringer Höhe hinausverdiene werden können und der Durchschnitt aller Gehälter der Schichtanlage mindestens diesen Satz erreicht. Die Formulierung „normale Arbeitsleistung“

Vom „Bergknappen“ mitgeteilter angenommener Antrag:

Das Staatsministerium wird ersucht, über die schon in der Bergpolizeiverordnung vorgesehene Bestimmungen hinaus anzuordnen, daß

- a) eine jede Fördermaschine mit einem Tachographen, der selbsttätig die Geschwindigkeit der Maschine anzeigt, versehen wird;
- b) an jeder Fördermaschine mit mehr als vier Meter Sekundengeschwindigkeit, falls möglich, ein Fahrtregler angebracht sein muß, der selbsttätig die Maschine zum Halten bringt wenn die vorgeschriebene Geschwindigkeit überschritten wird;
- c) der Fahrtregler so angebracht sein muß, daß eine willkürliche Ausschaltung durch den Fördermaschinenführer nicht möglich ist;
- d) unmittelbar vor Beginn der Seilsfahrt ein Probetreiben und eine Seilrevision durch den die Seilsfahrt durchführenden Fördermaschinenführer und den für den betreffenden Schacht verantwortlichen Beamten erfolgt. Das Probetreiben muß mit belasteten Körben und der für die Seilsfahrt zugelassenen Höchstgeschwindigkeit durchgeführt werden und darf nicht gleichzeitig als Seilrevision dienen;
- e) jede Fördermaschine mindestens alle sechs Monate ein mal von einem nicht im Dienste der Zeche stehenden Maschinenfachverständigen aufs genaueste untersucht und geprüft wird. Ueber jede Untersuchung muß ein Protokoll angefertigt werden. Eine Abschrift des Protokolls muß regelmäßig dem Oberbergamt eingereicht und die zweite muß auf der Zeche zur Einsicht offen liegen.

gab den Grubenbesitzern die Möglichkeit, die Löhne willkürlich festzusetzen. Diese Möglichkeit wurde vergrößert durch die Protokollnotiz, in der gesagt wurde, daß die Bestimmungen über den Mindestlohn „im Falle offensichtlicher Zurückhaltung der Arbeitsleistung nicht anzuwenden sind.“

Ueber die Stimmung der ober-schlesischen Bergarbeiter geht uns folgender Bericht unseres Arbeiterkorrespondenten zu: „Auf der Preußengrube diskutieren die Kollegen sehr eifrig über die Lohnbewegung und sind der Auffassung, daß es durchaus möglich ist, die ausgestellten Forderungen durchzusetzen. Besonders empört sind die Kollegen über die großen Gehaltserhöhungen der oberen Beamten. Einer eventuellen Streikparole der Gewerkschaften wird die Belegschaft zum mindesten 80 Prozent Folge leisten. Das Vorhandensein der Kampfereitschaft konnte man am 1. Mai sehen. Etwa 90 Prozent der Gesamtbelegschaft haben am 1. Mai gefeiert, wobei besonders betont werden muß, daß die Abmeldungen nicht im Betriebsratsbüro, sondern bei den Betriebsführern zu erfolgen hatten.“

Wie „ungeheuer hoch“ die Verdienste der ober-schlesischen Bergarbeiter sind, zeigt folgender Lohnbeutel eines berechtigten Arbeiters:

Lohn für 21 Schichten	90,72 Mark
Wirtschaftszulage	2,10 „
Summa des Lohnes	92,82 Mark
Abzüge (darunter 14,50 Mark Wohnungsmiete)	33,85 Mark
bleibt harter Monatsverdienst	58,97 Mark

Rechnliche Lohnbeutel sind durchaus keine Ausnahmerechnungen. Hier ein zweites Beispiel:
Lohn für 28 Schichten 118,28 Mark
Abzüge (darunter 5 Mark Strafe) 25,21 „
bleibt harter Monatsverdienst 93,07 Mark

Oberschlesische Bergarbeiter! Ohne Kampf werdet ihr die verdiente Lohnhöhung nicht erhalten. Der Schlichter wird mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsleiter versuchen, euch fast 30 Prozent weniger zu geben. Falls ihr trotz allem auf euren

Forderungen begarren werdet, droht euch die Verbindlichkeitserklärung. Diese Gefahr erkennt Beschließt sofort in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen:
Die vom Verband erhobenen Forderungen sind Mindestforderungen.
Jeder Schiedspruch, der weniger beträgt, wird abgelehnt.
Der Kampf wird begonnen und geführt ohne Rücksicht auf eventuelle Verbindlichkeitsklärungen.

Oberschlesische Parteien zum Reichs- und Landtag

Im Wahlkreis Oppeln sind zum Reichstag Wahlvorschläge eingereicht:

- Sozialdemokratische Partei,
 - Deutschnationale Volkspartei,
 - Zentrumspartei (Katholische Volkspartei),
 - Deutsche Volkspartei,
 - Kommunistische Partei,
 - Deutsche Demokratische Partei (DDP),
 - Alte Kommunisten,
 - Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
 - Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
 - Deutsche Bauernpartei,
 - Völkisch-Nationaler Block,
 - Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei,
 - Vollrechtspartei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung),
 - Deutsch-Soziale Partei (Richard Runge),
 - Christlich-Soziale Reichspartei,
 - Polize Katolische Partei Ludowa,
 - Polnisch-Katholische Volkspartei,
 - Alte Sozialdemokratische Partei,
 - Deutscher Reichsblock der Geschädigten,
 - Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei.
- Zum Landtag haben folgende Parteien Listen eingereicht:
- Sozialdemokratische Partei,
 - Deutschnationale Volkspartei,
 - Zentrumspartei (Katholische Volkspartei),
 - Deutsche Volkspartei,
 - Kommunistische Partei,
 - Deutsche Demokratische Partei (DDP),
 - Alte Kommunisten,
 - Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
 - Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
 - Deutsche Bauernpartei,
 - Völkisch-Nationaler Block,
 - Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei,
 - Vollrechtspartei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung),
 - Polize Katolische Partei Ludowa,
 - Polnisch-Katholische Volkspartei,
 - Alte Sozialdemokratische Partei,
 - Deutsch-Soziale Partei (Richard Runge),
 - Christlich-Soziale Reichspartei,
 - Deutscher Reichsblock der Geschädigten,
 - Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei.

Die Werttätigen, die Arbeiter, wählen am 20. Mai nur die Kommunisten!

Oppeln

SPD-Methoben. Das Adressenarchiv der schmelzenden SPD von Arbeitern ist nicht groß. Man geht daher dorthin, wo den Kommunisten Neutralität gepredigt wird, in die Gewerkschaften. Dort werden Dumme gesucht. Eine Probe sei folgendes Schreiben:

Wertes Kollege!
Durch Genossen Seile (Angeklagter des Fabrikarbeiterverbandes) erheilt ich Ihre Adresse und habe an Sie folgende Bitte:
Wir (SPD) beabsichtigen am... in... eine öffentliche Versammlung zu machen. Da wir keinen Vertrauensmann am Orte haben, bitten wir Sie, in... einen Saal zu bestellen und die Plakate auszuhängen, die wir mit gleicher Post absenden. Auf liegender Karte bitte ich mir umgehend mitzutellen, ob und welches Lokal Sie bestellt haben.
Mit kollegialem Gruß
F. Fahn
(Parteisekretär der SPD)

Mit irgendwo zusammengekauften Adressen lud man in Oppeln auch zu einem Teatiner in Forms Hotel ein, wo dann bei Geschmause ein Redner sein Zeug verzapfte.
Es muß doch der SPD. verflucht schlecht gehen, wenn Sie zu solchen Mitteln zu greifen gezwungen ist. Ja, Bürgermeister und andere schöne Posten gibt nicht so viel, daß eventuell einer von allen zu diesen guten sozialdemokratischen Bürgern gelaufen kommt. Arbeiter können mit so etwas nichts mehr zu tun haben. Am 20. Mai Liste 5 und Eintritt in die kommunistische Partei!

Versammlungskalender

- Mittwoch, 16. Mai:
Gleiwitz. 19.30 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“, Ref. Gen. Jadasch.
Laband. 19.30 Uhr, Referent Genosse Hoppe-Berlin.
Beitke. 19.30 Uhr in der „Erholung“, Ref. Gen. Strudt-Oppeln.
- Jugendgenosse Konrad Bientke-Berlin spricht in
Oppeln am Mittwoch, dem 16. Mai, 19.30 Uhr im Saale des Schützenhauses;
Wikulschütz am Donnerstag, dem 17. Mai, 10 Uhr im Saale von Bräuer, Laurentiusstraße;
Beuthe am Donnerstag, dem 17. Mai, 19 Uhr im Besprechungszimmer Neumann, gegenüber der Snaagasse;
Gleiwitz am Freitag, dem 18. Mai, 19.30 Uhr im Saale „Bürgerhof“, Preissinger Straße 44.
Jungarbeiter, erscheint zu unseren Versammlungen!

Waschmaschinen Wringmaschinen

nur bewährte Systeme
Auf Wunsch Zahlungs-Terminierung

Koppel & Taterka

Beuthen O-S. Hindenburg
Plokerer Straße 23
Telephon 2048 2049 3601

Kroepfstr. 17
Telephon N.F. 3190

Rotes Pfingsttreffen in Berlin Der 17. Mai

Gemeinsame Vorbereitungen von SPD. und KPD.

Als Resultat einer Aussprache des ZP. der SPD. mit der Bundesführung der KPD. wurde zur Eingliederung der Kampagne für das rote Pfingsttreffen in den allgemeinen Wahlkampf der SPD. und zur möglichst großzügigen Vorbereitung des Pfingsttreffens folgendes festgelegt:

1. Die Organisationen der KPD. unterstützen nach wie vor mit allen Kräften und in gemeinsamer Zusammenarbeit den Wahlkampf der SPD. Der KPD. bleibt — entsprechend den Beschlüssen der Bundesführung der KPD. — bis zum 20. Mai voll in die gemeinsame Arbeit eingepaßt. Die Agitation für das Reichstreffen wird in die allgemeine Wahlpropaganda eingegliedert. Besondere Sammlungen seitens der KPD. für das Pfingsttreffen finden bis zum Wahltage nicht statt. Der KPD. unterstützt nach wie vor den Wahlfonds der SPD. bis zum Wahltage.

2. Am 20. Mai, nach Abschluß der Wahlhandlung, wird die gesamte Agitation und Propaganda der Partei auf die Vorbereitung des roten Pfingsttreffens umgestellt. Dann soll der KPD. mit voller Hilfe der Partei sofort auf den Straßen, in den Abendveranstaltungen der SPD. am 20. Mai und dann Tag für Tag in den Betrieben und Wohnungen mit voller Kraft auch die Sammelaktion für das Reichstreffen eröffnen. Die abendlichen Veranstaltungen, die am 20. Mai in allen Ortsgruppen der SPD. stattfinden, müssen der Auftakt zur Einhellung der gesamten Parteiorganisation zur kräftigen Unterstützung des Reichstreffens der KPD. sein.

3. Sofort am Montag und Dienstag nach der Wahl treten die Mitgliedschaften der SPD. in allen Zellen und Ortsgruppen unter Heranziehung der Sympathisierenden zu sammen, um zu dem Wahlergebnis und den nächsten Aufgaben der Partei Stellung zu nehmen. Dabei sind alle Maßnahmen zu treffen, um die Belegschaften der Betriebe, die Massenorganisationen und die Wohnvereine der Arbeiter für das Reichstreffen zu mobilisieren.

Bis zum 20. Mai alle Kräfte der SPD. und der KPD. auf die Wahlentscheidung am 20. Mai konzentrieren! Vom 20. Mai ab vollste Unterstützung der KPD. für die Vorbereitung des Reichstreffens durch die gesamte Parteiorganisation.

Freigewerkschaftlicher Aufruf für Liste 5!

Eine Anzahl ADGB-Ortsauschüßevorsitzende und Zahlstellen-vorsitzende Ostpreußens richteten einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem es heißt:

„Die Beendigung des Krieges, der Sturz der Monarchie, der Achtstundentag, die Erhöhung der Löhne waren 1918 nicht das Ergebnis der Arbeiterschaft und der Koalition mit der Bourgeoisie, sondern des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Beherrscher des kapitalistischen Staatsapparates. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei führte im Verlaufe der Revolution zum Raub des Achtstundentages, zur Herabsetzung der Löhne, ermöglichte die kapitalistische Rationalisierung und die Herauswerfung von Hunderttausenden von Arbeitern, Angestellten und Beamten aus dem Produktionsprozeß. Der Bürgerkrieg war die natürliche Folge der Politik und Taktik des Reformismus. Heute herrscht und regiert in der Republik das Trübsal, Agrar- und Finanzkapital. Die Schlichtungsmaschine diktiert Hungerlöhne und überlange Arbeitszeit. Das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter ist in der Praxis beseitigt. Unter dem Namen „Technische Nothilfe“ ist eine amtliche Streikbrechergarde geschaffen worden.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei auch jetzt offen zum Ausdruck bringt, daß sie die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie weiterzuführen entschlossen ist, kann für die Massenbewussten Mitglieder der freien Gewerkschaften eine Stimmabgabe für diese Partei nicht in Frage kommen. Eine politische Neutralität andererseits kann es für einen freien Gewerkschaftler nicht geben, denn Karl Marx hat

(Himmelfahrtstag) gibt noch einmal allen Genossen und Lesern Gelegenheit,

- 1. die Wahlfondssammlung,
2. den Zeitungverkauf
mit aller Energie durchzuführen.
Nutzt die letzte Woche! Der letzte Stoß ist der wirksamste!!
Genossen, alle heraus!

die Aufgaben der freien Gewerkschaften wie folgt gekennzeichnet:

„Abgesehen von dem ursprünglichen Zweck, müssen die Gewerkschaften jetzt bemüht als Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung anstreben. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen.“

Im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei steht die kommunistische Partei auf dem Boden des Klassenkampfes und verfolgt in ihrer gesamten Tätigkeit die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Errichtung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats.

Wir fordern deshalb alle Mitglieder der freien Gewerkschaften auf, am 20. Mai der kommunistischen Partei als der einzigen Arbeiterpartei die Stimme zu geben!
Kollegen! Gebt Stimme der Liste 5!

- Unterschieden ist dieser Aufruf bisher von den Vorsitzenden des
Gemeinde- und Staatsarbeitsverbandes Königsberg,
Zentralverband der Zimmerer, Königsberg,
Verband der Fabrikarbeiter, Königsberg,
Zentralverband der Zimmerer, Tapiau,
ADGB-Ortsauschüß Tapiau,
ADGB-Ortsauschüß Stalupönen,
ADGB-Ortsauschüß Pillkallen,
ADGB-Ortsauschüß Ortelsburg,
ADGB-Ortsauschüß Ragnit,
Arbeiter-Abfahrerbund „Solidarität“.

Die werktätige Frau

Fragen an eine Arbeiterfrau

Von Theobald Tiger.

- Bist du ein guter Kamerad und stehst an seiner Seite —?
Und bist du ihm auf jedem Pfad im Kampf mit diesem Klassenstaat, Gesellschaft und Geleite —?
Hat er die Frau, die ihn versteht?
Ist auch ein Lied erklingen?
Und weißt du auch, warum er spät, noch abends in Verklamnung geht: für dich und deinen Jungen —?
Und ist dein Herz denn auch dabei?
Seid ihr die richtige Zweckheit?
Und macht nicht für die Kocherei?
Und tuft auch was für die Partei?
Für Licht und Luft und Freiheit —?
Und hilft du ihm auch für und für im Wirken und im Schaffen?
Und hildest du dich nach Gehör?
Und reißt nicht an der Kirchentür?
Und hörst auf keinen Pfaffen —?
Und hilfst du ihm auch nicht zurück, wenn rote Fohren rausen —?
Er kämpft für euer Lebensglück —?
Geh' mit ein Stück! Geh' mit ein Stück! Empor zu neuen Stufen —!

Du, Mutter, halt' den Alten jung!
Es lauz ihm gar nichts schaden.
Du, Frau, trägt viel Verantwortung.
Und hoch erklingt im neuen Schwung,
das Lied — das Lied
vom guten Kameraden —!

Licht, Luft und Sonne

„Wenn durch viel Sonne, Luft und Sticht die kleine Wohnung gesund erhalten wird, wenn obenrein jedes einzelne Familienmitglied, vom Säugling bis zum Großvater, durch ein paar Minuten täglicher Körperkultur gekräftigt und abgehärtet wird, dann braucht in einer noch so engen und kleinen Wohnung lange nicht soviel Krankheit zu herrschen, wie vielleicht im Palast eines Schwerreichen, der sinnlos und unvernünftig mit seiner Gesundheit wüßet. Am besten beteiligt sich die ganze Familie an solchen Übungen. Fünf Minuten, die man täglich morgens und abends darauf verwendet, bringen unter Umständen jahre- und jahrzehntelange Verlängerung des Lebens, der Gesundheit, der Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude. Und auch im Kleinsten, beengtesten Pflanzhaus ohne Badekubel ist ein wöchentliches Bad, wenn möglich mehrere in jeder Woche, selbst bei primitivsten Mitteln bei gutem Willen durchzuführen. Gerade bei größeren Wohnungen ist mit Strenge darauf zu achten, daß die luftigsten und sonnigsten Zimmer als Schlafzimmer für die Kinder benutzt werden.“

Diese guten Ratschläge, die die Arbeiterfrau nur als eine Verbesserung ihres Glanz empfinden kann, werden den Proletarierfrauen durch den Herrn Sozialdemokraten Dr. med. Kurt Thomailla ausgerechnet und in der Dresdener „Inften“ SPD-„Volkszeitung“ erteilt.

Welche von schwerer Arbeit in der Fabrik völlig erschöpfte Ar-

beiterin wird noch Zeit und Kraft finden, täglich „Körperkultur“ zu treiben? Welche abgeheftete proletarische Hausfrau ist in der Lage, in der Enge ihrer Kammer, wo acht, neun und zehn Personen haufen, wöchentlich mehrmals für ein Bad für die gesamten Familienmitglieder zu sorgen? Wie soll sie allein das Geld für die teure Kohle aufbringen, hat sie doch kaum genügend Mittel, um die Kammer warm zu halten, weiß sie ja noch nicht einmal, woher das Geld für Seife, Wasche usw. zu nehmen?

Wie soll Licht, Luft und Sonne in die dunklen Kellerräume, in die düsteren Hinterhauswohnungen dringen? Die Versprechungen der Sozialdemokratie auf einen entschiedenen Kampf für einen großzügigen und billigen Wohnungsbau zerfliegen also in nichts — in „Licht, Luft und Sonne“.

Die sozialdemokratischen Führer stehen mit ihren Ratschlägen für Körperkultur zur Verlängerung der Arbeitsfreudigkeit wieder, wie so oft, in der brüderlichen Gemeinschaft mit den Unternehmern und den Behörden des kapitalistischen Staates, die nichts anderes wollen, als die Profite zu sichern und zu steigern. Den Berliner Fernsprecheamtinnen wurde statt der dringend nötigen Kaffeepause eine tägliche Turnpause zubilligt. Rumpfbeugen soll die Zerrüttung der Nerven aufhalten, die Leistungen der Beamtinnen ins Unermessliche zu ruhen und Frommen der Kapitalisten steigern, um Arbeitskräfte zu sparen und noch mehr untere Beamtinnen abzubauen zu können.

„Licht, Luft, Sonne und Wasser“ — Rumpfbeugen — anstatt Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und billigen Wohnungsbau.

Sozialdemokratie und Bourgeoise Arm in Arm, Frauen denkt daran bei den Wahlen! Wählt nur Kommunisten!

Nicht nur wählen — auch kämpfen!

Gespräch zweier Arbeiterinnen!

- 1. Arbeiterin: Hast du gehört, wir bekommen neue Arbeit. Die Heeresverwaltung gab Aufträge!
2. Arbeiterin: Die Heeresverwaltung! Was! Was ist denn los? Ist das vielleicht schon neue Kriegsbarbeit?



Taschen zu wenn die SPD und die Bürgerlichen Parteien sammeln. Nur für den Wahlfonds der KPD geben!

1. Arbeiterin: Ich weiß es. Der Einrichter meint, es sei nur Feilerarbeit.

Am anderen Morgen kommt unser Betriebsleiter angefaucht, schreit und tobt.

Betriebsleiter: Was bilden Sie sich ein, hier herumzustehen und zu schwätzen! Wenn Sie nicht besser und schneller arbeiten, kann ich Sie nicht mehr gebrauchen. Wenn da jemand zur Kontrolle von der Heeresverwaltung käme!

2. Arbeiterin: Hast du gehört? Jahrelang arbeitest du nun schon in dieser Bruchbude — und nun mit einem Male ist deine Arbeit nicht mehr gut genug.

1. Arbeiterin: Na ja, so einen Kunden wie die Heeresverwaltung darf die Firma nicht verlieren.

2. Arbeiterin: Ich denke, wir Deutschen sind so arm, daß wir überhaupt keinen Krieg mehr führen können.

1. Arbeiterin: Hast du ne Ahnung! Im Reichstag haben sie beschlossen, als erste Rate 80 Millionen für den Bau von Panzerkreuzern auszuwerfen. Weitere Millionen sollen folgen. Über den Antrag der Kommunisten, fünf Millionen für Kinderpeisungen einzusetzen, den haben sie abgelehnt. Geld für die Reichswehr, für Sipo und Panzerkreuzer ist da, aber um hungrige Mäuler satt zu machen, dafür hat diese Hindenburgrepublik nichts übrig.

2. Arbeiterin: Wozu gehen wir denn nun eigentlich wählen? Alle Gesetze, die der Reichstag macht, sagt du, seien gegen die Arbeiter gerichtet, würden keinen Nutzen der arbeitenden Bevölkerung bringen. Wozu denn solche Rüstungen? Wir haben doch einen Völkerverbund, der diesen Rüstungen entgegenzutreten soll.

1. Arbeiterin: Ach, der Völkerverbund, der den „Weltfrieden“ auf dem Papier den Arbeitern predigt — er ist ja der schlimmste Hezer und Kriegsvorbereiter. Im Völkerverbund haben doch nur die russischen Staatsmänner eine wirkliche Friedenspolitik und ehrliche Abrüstung getrieben — aber die anderen Räuberstaaten rüsten im geheimen weiter. Sie wollen ja bloß Rußland unterwerfen — Rußland ist doch ein Arbeiterstaat, der ist ihnen ein Dorn im Auge.

Rationalisieren tun sie überall, hier mein Vieserchen, 2000 Summe für Telephone an Lorenz in Tempelhof — dort wird unsere angefangene Arbeit fertiggemacht, wir wissen also gar nicht, zu welchem Zweck sie verwandt wird.

Uns lobt keiner, uns gibt keiner von selbst Lohnerhöhung, aber hast du schon vom Flug nach Amerika gelesen?

2. Arbeiterin: Ja, das ist doch schrecklich, die Menschen so ins Ungewisse zu jagen.

1. Arbeiterin: Ach was! Sie wollten bloß die deutschen Kapitalisten, die Junkerflugzeugwerke, auf dem Weltmarkt als die besten hinstellen. Diese „Auchhelden“ feiert man, weil sie ihr Leben für den Profit der deutschen Kapitalisten eingesetzt haben. Aber dem! mal, das junge Wädel, das ihren Verlobten, den Kommunisten Braun, aus dem Gefängnis befreite, weil er wirklich unschuldig durch die Klassenjustiz dort festgehalten wurde, die feiert man nicht, da setzt man eine Judasprämie von 5000 Mark pro Kopf aus für denjenigen, der sie ergreift. Dieses Wädel hat aber ihr Leben für die proletarische Sache aufs Spiel gesetzt, und dafür wird sie sogar vom „Vorwärts“ als Verdienstin hingestellt.

2. Arbeiterin: Weißt du, wenn es bei uns bloß auch so kommen würde, wie in Rußland, dann müßten wir aber abrechnen mit diesen Volksbeträgern. Ich habe zwar wenig Ahnung von Politik, aber Kommunisten habe ich trotzdem immer gewählt. Und für den Wahlkampffonds der Kommunisten habe ich auch schon gegeben.

1. Arbeiterin: Ja, das hast du ganz recht getan, wenn du immer Kommunisten gewählt hast, und auch diesmal mußt du Kommunisten wählen — aber mit dem zur Wahltag gehen und den Stimmgelb einwerfen darfst du es nicht bewerten lassen. Man muß sich auch gewerkschaftlich und politisch organisieren. Deshalb, Kollegin, heute noch melde dich an für die Mitgliedschaft in der freien Gewerkschaft. Heute noch werde Mitglied der kommunistischen Partei!

